



Presseschau vom 26.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Gert-Ewen Ungar: Die Abfuhr – Baerbock in Moskau

Die deutsche Außenministerin hat ihren russischen Amtskollegen besucht. Der Mainstream ist voller Lob. Faktisch aber ist Baerbock nicht nur mit leeren Händen zurückgekehrt. Klar wurde erst recht: Deutschland ist für Russland auf diplomatischer Ebene kein Gesprächspartner mehr. ...

<https://kurz.rt.com/2sp2>

de.rt.com: Nach Kürzung des RKI auf drei Monate: EU beschließt sechsmonatige Gültigkeit des Genesenstatus

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich darauf geeinigt, verschiedene Maßnahmen umzusetzen und gemeinsame COVID-19-Reisevorschriften zu erlassen. Demnach ist das digitale COVID-Impfzertifikat neun Monate gültig. Genesene müssen darüber hinaus sechs Monate lang keine Reisebeschränkungen fürchten. ...

<https://kurz.rt.com/2sph>

Andrej Koz: Marode Werften: Auftragsstau bringt US-Marine in arge Nöte

Nach Angaben des Chefs des US-Flottenkommandos, Admiral Daryl Caudle, ist der technische Zustand vieler Werften und Reparaturbetriebe für Schiffe in den USA aufgrund ihrer starken Abnutzung besorgniserregend: Kampfschiffe warten vergeblich auf Reparatur,

die Inbetriebnahme neuer Schiffe verzögert sich ständig. ...

<https://snanews.de/20220125/marode-werften-auftragsstau-usa-5129134.html>

abends/nachts:

de.rt.com: **Iranischer Botschafter: Mögliche Koalition Irans, Russlands und Chinas bereitet dem Westen Sorgen**

Der Westen sorgt sich über neue Allianzen, die weltweit entstehen. Eine Koalition zwischen Russland, China und Iran wäre eine solche Vereinigung, meint der Botschafter Irans in Russland. Eine strategische Zusammenarbeit dieser Staaten wäre für den Westen schmerzhaft. Eine mögliche Koalition zwischen Iran, Russland und China würde dem Westen große Sorgen bereiten. Darauf wies der iranische Botschafter in Russland Kazem Jalali am Montag gegenüber Reportern während seines Arbeitsbesuchs in der russischen Kaukasusregion Nordossetien hin. Er erklärte:

"Natürlich sind die Vereinigten Staaten und der Westen im Allgemeinen besorgt über die neuen Koalitionen, die derzeit auf der internationalen Bühne gebildet werden. Eine Koalition aus der Islamischen Republik Iran, der Russischen Föderation und der Volksrepublik China ist ein Beispiel für solche strategischen Koalitionen."

Der Botschafter beschrieb Russland als eine Großmacht mit einem enormen wirtschaftlichen, militärischen und technologischen Potenzial. China sei im Begriff, die Vereinigten Staaten im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum zu überholen. Iran, so Jalali, sei ein großes, wirtschaftlich entwickeltes Land, das große Fortschritte in seiner Verteidigungsindustrie gemacht habe. Er fügte hinzu:

"Deshalb würde die Bildung einer solchen Koalition für den Westen sehr schmerzhaft sein."

Im Jahr 2019 hielten die Streitkräfte der drei Länder im Indischen Ozean und im Golf von Oman eine Marineübung unter dem Codenamen Marine Security Belt ab. Habibollah Sayyari, der ehemalige stellvertretende Befehlshaber der iranischen Marine, verkündete damals, dass weitere trilaterale Manöver dieser Art folgen würden. Gleichzeitig hob er hervor, dass die Bildung einer Koalition der drei Staaten zu diesem Zeitpunkt nicht zur Debatte stehe.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61efe283b480cc04145d733e.jpg>

de.rt.com: **Auswärtiges Amt finanziert freiwillige Ausreise für Angehörige von Botschaftspersonal aus Kiew**

Aufgrund der eskalierenden Spannungen zwischen den NATO-Staaten und Russland in der Ukraine-Frage finanziert das Auswärtige Amt fortan die freiwillige Ausreise Familienangehöriger des deutschen Botschaftspersonals und diverser Nichtregierungsorganisationen aus Kiew.

Nach Großbritannien und den USA arbeitet das Auswärtige Amt laut Aussagen von Annalena Baerbock an Notfallplänen zur Evakuierung deutscher Botschaftsmitarbeiter aus Kiew. Am Rande des jüngsten EU-Außenministertreffens in Brüssel sagte die Außenministerin: "Wir haben das in den letzten Wochen immer wieder evaluiert, auch mit unseren europäischen Partnern evaluiert, wie wir schnellstmöglich agieren könnten. Aber ich möchte hier ganz deutlich sagen: Das ist der Konjunktiv."

Außenamtssprecher Christopher Burger bestätigte der dpa, dass Angehörigen des Botschaftspersonals ab sofort freigestellt ist, ob sie die Ukraine auf freiwilliger Basis verlassen möchten.

"Das ist eine Maßnahme, die wir treffen, um die Sicherheit der Menschen, für die wir Verantwortung tragen dort, zu gewährleisten."

Die Finanzierung der freiwilligen Ausreise von Familienangehörigen gelte zudem auch für deutsche Nichtregierungsorganisationen wie den Deutschen Akademischen Austauschdienst, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und das Goethe-Institut.

Die Arbeitsfähigkeit der deutschen Botschaft in Kiew bleibe jedoch sichergestellt, ergänzte der Außenamtssprecher am Montag.

"Unsere diplomatische Präsenz brauchen wir vor Ort auch weiterhin, um der Ukraine in dieser Situation zur Seite zu stehen."

Hintergrund der Evakuierungen ist die seit Wochen anhaltende Eskalation rund um den Ukraine-Konflikt. Erst gestern kündigte Pentagonsprecher John Kirby an, 8.500 Soldaten im Rahmen der NATO Response Force (NRF) in Alarmbereitschaft zu versetzen. Die Soldaten sollen sich auf eine schnelle Entsendung nach Europa vorbereiten.

Auch die NATO-Speerspitze VJTF (Very High Readiness Joint Task Force) soll laut Medienberichten in erhöhter Alarmbereitschaft stehen. Dies berichtete die Zeitung Die Welt im Dezember 2021.

Angebliche Truppenverlegungen Russlands an die ukrainische Grenze und entsprechende westliche Spekulationen ließen den Ukraine-Konflikt über die letzten Wochen hinweg systematisch eskalieren. Dabei ließ die NATO keine Provokation gegenüber Russland aus.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61efdc0fb480cc042650f6e9.jpg>

snanews.de: USA liefern weitere 300 Javelin-Panzerabwehrraketen an die Ukraine – Fox News

Die USA haben der Ukraine laut einem Bericht des TV-Senders Fox News weitere 300 Panzerabwehrraketen vom Typ Javelin geliefert. Am Dienstag zeigte der Sender, wie die Waffen an einem Flughafen in Kiew entladen werden.

Zuvor hatte das State Department aus Angst vor einem möglichen „Einmarsch der russischen Truppen“ einem Teil der Mitarbeiter der US-Botschaft in der ukrainischen Hauptstadt eine freiwillige Ausreise aus dem Land genehmigt. Zugleich wurden die Angehörigen des

Botschaftspersonals verpflichtet, die Ukraine umgehend zu verlassen.

„Russland bedroht niemanden und will auch niemanden angreifen. Erklärungen über eine ‚Aggression‘ Russlands werden als Vorwand genommen, um mehr Kampftechnik der Nato unweit der russischen Grenzen zu stationieren.“ Derartige Erklärungen seien lächerlich, zugleich aber auch äußerst gefährlich, hieß es aus Moskau.

Der Westen ist über den Aufmarsch russischer Truppen an der ukrainischen Grenze besorgt. Präsident Wladimir Putins Sprecher Dmitri Peskow hatte erklärt, dass Russland seine eigenen Truppen auf eigenem Territorium nach seinem Belieben verlegen dürfe. Es gebe keinen Grund für Besorgnis, sagte er.

Ukraine konzentriert Kräfte an Trennlinie im Donbass

Indes hat die Ukraine Schätzungen zufolge rund 100.000 Soldaten samt schwerer Kampftechnik wie Panzer und Haubitzen an der Trennlinie im Donbass konzentriert. Die nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk schließen eine Offensive der Kiewer Armee nicht aus. Präsident Putin zufolge wird Russland in diesem Fall eingreifen müssen. Das militärische Vorgehen Kiews gegen den Donbass werde die ukrainische Staatlichkeit selbst in Frage stellen, hatte der russische Präsident zuvor gewarnt.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/19/5128604_0:104:2000:1229_1920x0_80_0_0_0453e40ecf03dd14d6972b4c503f34a2.jpg

de.rt.com: Großmanöver "Neptune Strike 2022" im Mittelmeer – US Flugzeugträger unter NATO-Kommando

Seit dem 24. Januar patrouillieren die Schiffe des NATO Naval Striking and Support Forces Command und der US-Flugzeugträger USS Harry S. Truman im Rahmen des Manövers "Neptune Strike" im Mittelmeer. Das stehe aber nicht im Zusammenhang mit der Lage in der Ukraine.

Zeitgleich mit der Meldung über die Versetzung der NATO Response Force (NRF) in erhöhte Alarmbereitschaft begann das Großmanöver "Neptune Strike" im Mittelmeerraum.

Voraussichtlich bis zum 4. Februar 2022 soll die vom Flugzeugträger USS Harry S. Truman angeführte Übung die Schlagkraft der NATO-Seestreitkräfte demonstrieren. Einen Zusammenhang mit der eskalierenden Lage in der Ukraine schloss John Kirby, Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, explizit aus:

"Die Übung selbst ist nicht auf Szenarien ausgelegt, die im Zusammenhang mit der Ukraine eintreten könnten. Es handelt sich vielmehr um eine maritime NATO-Übung, um (...) ein breites Spektrum an maritimen Fähigkeiten zu testen, die wir weiter verbessern wollen."

Die Übung "Neptune Strike" befinde sich seit 2020 in der Planungsphase. Jedoch räumte der Sprecher gegenüber Reportern ein, dass die europäische Ungewissheit über Russlands Absichten in der Ukraine den Entscheidungsvorgang über die Fortführung des Manövers doch stark beeinflusst hat. Das US-Verteidigungsministerium setze sich zudem weiterhin für die

Verteidigungsfähigkeit der Ukraine ein.

Nach Angaben der NATO auf Twitter ist es das erste Mal seit dem Ende des Kalten Krieges, dass eine vollständige US-Flugzeugträgergruppe unter das Kommando der NATO gestellt wird, um sowohl die Einsatzbereitschaft des Bündnisses als auch die Verteidigung und den Schutz der Bündnispartner zu gewährleisten.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg begrüßte den Start des Großmanövers als "starkes Zeichen der transatlantischen Einheit":

"Die NATO wird immer tun, was notwendig ist, um alle Verbündeten zu schützen und zu verteidigen."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f01b1bb480cc41d440d124.jpg>

de.rt.com: **Lugansker Volksmiliz: Lage ähnelt einer Situation am Rande eines Krieges**

Laut dem Leiter der Lugansker Volksmiliz bereitet sich die ukrainische Armee verdeckt auf eine Offensive im Donbass vor. Die Lage sei angespannt und fühle sich an, als sei man am Rande eines Krieges. Die selbsterkannte Volksrepublik sei aber entschlossen, sich zu verteidigen.

Die Situation im Donbass ähnelt derzeit dem Vorabend eines Krieges. Darauf wies der Chef der Volksmiliz der selbsternannten Lugansker Volksrepublik (LNR) Jan Leschtschenko am Dienstag hin. Er fügte hinzu, dass die verfügbaren Geheimdienstinformationen darauf hindeuten, dass sich Kiew auf eine aktive Kriegsführung vorbereite. Er erklärte:

"Die heutige Lage ähnelt eher einer Situation am Rande eines Krieges. Alle verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass sich die ukrainische Armee auf eine aktive Kriegsführung vorbereitet."

Leschtschenko fügte hinzu, dass der Nachrichtendienst der Volksmiliz ständig die aktive Verlagerung von Fahrzeugen innerhalb des von Kiew gehaltenen Donbass-Operationsgebietes beobachte. Dies bestätige ebenfalls, dass sich die ukrainische Armee auf eine Aggression gegen die LVR und die selbst ernannte Donezker Volksrepublik (DVR) vorbereite. Er wies darauf hin, dass die Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte verdeckt stattfinden würden. Außerdem werde die Arbeit der OSZE-Missionen effektiv blockiert. Der Leiter der Volksmiliz betonte:

"Die Annäherung von Kräften und Ausrüstung an das Gebiet der sogenannten gemeinsamen Operation der Streitkräfte im Donbass wird sorgfältig verdeckt. Die Tätigkeit der Beobachter der OSZE-Missionen wird effektiv blockiert. Seit Anfang dieses Jahres wurden insgesamt 57 Fälle registriert, in denen ukrainische Streitkräfte OSZE-Drohnen gestört haben."

Er betonte, dass die Volksmiliz über genügend Personal und Fahrzeuge verfüge und bereit sei, alle Angriffe auf die territoriale Integrität der nicht anerkannten Republik abzuwehren:

"Ich möchte noch einmal betonen, dass die Volksmiliz in ständiger Alarmbereitschaft ist und über genügend Soldaten, Fahrzeuge und Ausrüstung verfügt, um alle Angriffe auf die territoriale Integrität und die Sicherheit des Volkes der Lugansker Volksrepublik entschlossen

zu vereiteln."

Zuvor hatte der stellvertretende Leiter der Volksmiliz der DVR Eduard Basurin erklärt, dass die Republik Vorbereitungen für eine Offensive der ukrainischen Streitkräfte registriert habe, die im von Kiew gehaltenen Operationsgebiet im Donbass eingesetzt sind.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61effd5fb480cc34340ab971.jpg>

vormittags:

de.rt.com: Neue Falken Mitteleuropas? Tschechien spendet Ukraine Munition für 152-Millimeter-Haubitzen

Tschechien will der Ukraine tödliche Munition unentgeltlich zur Verfügung stellen. Auch die Entsendung von Soldaten ist sehr wahrscheinlich. Die die neue Regierung bildende Koalition in Prag hatte Waffenlieferungen an die Ukraine noch im Wahlprogramm versprochen.

Die tschechische Regierung wird am Mittwoch Munitionslieferungen an die Ukraine genehmigen. Das teilte der tschechische Ministerpräsident Petr Fiala am Montag Reportern mit. "Auf der Regierungssitzung [am 26. Januar] wollen wir der Bitte der Ukraine nachkommen und ihr die notwendige Munition liefern", sagte er.

Die tschechische Verteidigungsministerin Jana Černočová hatte noch am 21. Januar mitgeteilt, dass Prag beabsichtige, Kiew 152-Millimeter-Granaten für die schwere Artillerie als "Spende" zu liefern. Sie seien für Haubitzen bestimmt und ein Ausdruck der Solidarität zwischen Prag und Kiew in einer Situation, in der die Spannungen an der russisch-ukrainischen Grenze eskalieren.

Die todbringende Munition, die für schwere Artillerieoffensiven und den Beschuss von Wohngebieten verwendet werden kann, nannte die Ministerin "Ausrüstung für den operativen Bedarf". In einem am Montag veröffentlichten Interview erklärte Černočová ihre Motivation mit der gemeinsamen Geschichte der Ukraine und Tschechiens unter dem "sowjetischen Joch". Sie betonte, dass die Ukraine in der NATO-Partnerschaft "gute Arbeit leistet". Sie nannte die Ukraine einen "Verbündeten" Europas, der militärisch unterstützt werden sollte: "Europa sollte die Ukraine, unseren Verbündeten, vorbereiten und unterstützen. Ich werde der Regierung Unterlagen übergeben, auf deren Grundlage wir der Ukraine Artilleriemunition von 152 Millimetern zur Verfügung stellen werden. Der Generalstabschef hat mir versichert, dass sie schon vorbereitet seien."

Auch die Entsendung von Soldaten in die Ukraine war Thema des Gesprächs. Diese sei möglich. "Wenn die Tschechische Republik gebeten wird, tschechische Soldaten in die

Ukraine zu entsenden, sind wir bereit, dies zu prüfen. Wir haben den Willen, der Ukraine zu helfen", sagte die Verteidigungsministerin. Ihr zufolge könnte das offizielle Prag "ein symbolisches Kontingent wie das kanadische" in die Ukraine entsenden.

Was allerdings schon beschlossen ist, ist die Teilnahme an den gemeinsamen NATO-Übungen mit den Ukrainern. Einer Meldung des Portals euractiv.de zufolge wird Tschechien spätestens Anfang März sechs Angehörige seiner Spezialeinheiten zu einer gemeinsamen Übung "Silver Sabre 2022" in die Ukraine entsenden. Die Übung findet im Rahmen des NATO-Plans zur Stärkung der ukrainischen Streitkräfte statt.

Ukrainische Medien nahmen die Nachricht über den beabsichtigten Munitionsnachschub aus Tschechien mit großer Freude auf. So weist die Jewropeiskaja Prawda darauf hin, dass große Geschütze oder Haubitzen, für die diese Munition vorgesehen ist, in der modernen Kriegsführung nach wie vor ein wichtiger Teil der Feuerkraft seien. "Munition dieses Kalibers ist in der ukrainischen Armee Mangelware."

Tschechischen Medien zufolge besteht in der Regierung ein Konsens über die Frage der militärischen Unterstützung der Ukraine. In naher Zukunft, so heißt es, erwarte die Tschechische Republik einen Besuch des Oberbefehlshabers der ukrainischen Streitkräfte, Waleri Saluschny.

Der Beschluss über die Lieferung des todbringenden militärischen Materials an die Ukraine sollte allerdings nicht überraschen. Das liberalkonservative Wahlbündnis Spolu, das Tschechien erst seit wenigen Wochen regiert, hatte bereits im gemeinsamen Wahlprogramm vor der Parlamentswahl am 10. Oktober die Absicht festgehalten, Waffenlieferungen an die Ukraine zu legalisieren.

Andere Punkte im außenpolitischen Programm waren die Verlängerung der antirussischen Sanktionen und das Einwirken auf Russland aus einer Position der Stärke heraus, der Rückzug Tschechiens aus dem Projekt Nord Stream 2 und eine insgesamt konfrontativere Haltung zu sogenannten "undemokratischen Staaten" sowie die Stärkung der transatlantischen Kooperation.

Explosionen im Militärdepot in Vrbětice

Die russisch-tschechischen Beziehungen hatten sich im April des Vorjahres deutlich verschlechtert, als die tschechischen Behörden behauptet hatten, Moskau sei in die Explosionen in einem Militärdepot im Dorf Vrbětice im Osten der Republik im Jahr 2014 verwickelt gewesen, und daraufhin 18 russische Diplomaten ausgewiesen hatte. Das russische Außenministerium protestierte nachdrücklich gegen den Schritt "unter unbegründeten und weit hergeholten Vorwänden" und erklärte 20 Mitarbeiter der tschechischen Botschaft in Moskau zur "Persona non grata".

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa rechtfertigte das Vorgehen der russischen Seite und betonte, dass Prag in den vergangenen sieben Jahren weder Vorbedingungen noch Beweise für eine Verwicklung Russlands in den Zwischenfall von Vrbětice vorlegen konnte.

Medienberichten zufolge waren im Munitionslager u. a. international geächtete Antipersonenminen aufbewahrt worden. Ihr Eigentümer sei ein bulgarischer Waffenhändler gewesen, der in Tschechien gelagerte Munition aus Sowjetbeständen in die Ukraine verkauft hatte.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f00547b480cc33d34fbe62.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 25. Januar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: USA nennen Grund für "Evakuierung" des Botschaftspersonals aus der Ukraine

Washington habe aus "übergroßer Vorsicht" ihr nicht unbedingt benötigtes Botschaftspersonal und dessen Angehörigen aus der Ukraine abgezogen. Das teilte die US-Botschafterin in der Ukraine mit und betonte, dass Moskau jeder Zeit mit einem Angriff anfangen könnte.

Die amtierende US-Botschafterin in der Ukraine Kristina Kvien erklärte am Dienstag, dass die USA aus "übergroßer Vorsicht" ihr nicht unbedingt benötigtes Botschaftspersonal und dessen Angehörige aus der Ukraine abgezogen haben.

Kvien sagte gegenüber ABC News, dass einem Teil des Personals geraten wurde, das Land zu verlassen, "weil Wladimir Putin und Russland im Moment eine solche militärische Macht an der Grenze aufgebaut haben, dass sie jeden Tag eine Aktion starten könnten". Sie hob hervor: "Vor diesem Hintergrund hatten wir das Gefühl, dass wir aus reiner Vorsicht dafür sorgen mussten, dass unsere Familien aus der Botschaft in Sicherheit sind. Das war also die Grundlage für unsere Entscheidung."

Die Entscheidung der USA, einen Teil des Botschaftspersonals zu evakuieren, fand bei den Behörden in Kiew wenig Anklang. Ein Sprecher des ukrainischen Außenministeriums bezeichnete den Schritt als "verfrüht".

Eine Quelle, die dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij nahestehen soll, erklärte am Montag dem Nachrichtenportal BuzzFeed News, dass die ukrainische Führung "nicht glaubt, dass eine unmittelbare Bedrohung für Kiew besteht". Die Quelle bezeichnete es als "extrem enttäuschend", dass die USA beschlossen haben, ihre Diplomaten aus der Botschaft in Kiew zu evakuieren:

"Offen gesagt sind diese Amerikaner in Kiew sicherer als in Los Angeles oder einer anderen von Kriminalität geprägten Stadt in den USA."

Unterdessen schien das US-Militär von seiner Warnung vor einer bevorstehenden Invasion Russlands in der Ukraine abzurücken. Pentagonsprecher John Kirby teilte am Montag auf einer Pressekonferenz mit, dass man zwar "auf Dinge achte, die die Russen tun könnten, die uns möglicherweise Hinweise auf einen bevorstehenden Übergriff geben würden", aber die Lage sei "noch nicht so weit".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f0f67db480cc390e136257.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 25. Januar 3:00 Uhr bis 26. Januar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK acht Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Wassiljewka, Spartak, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Siedlung Gornjak), Oktjabrj, Belaja Kamenka, Dsershinskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 43.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Russische Botschaft warnt: US-Waffen in der Ukraine gelangen in die Hände von Terroristen

Waffen, die die USA an die Ukraine liefern, werden in die Hände von Militanten und Terroristen gelangen, die damit einen Blankoscheck für Gewaltaktionen im Donbass erhalten. Diese Auffassung vertrat die russische Botschaft in Washington.

„Die Pressedienste des US-Außenministeriums und des Pentagons prahlen beinahe täglich mit ihren Bemühungen um die Verstärkung der militärischen Unterstützung für das Regime von Kiew. Die US-Behörden tun dies in dem klaren Verständnis, dass die amerikanischen tödlichen Waffen in die Hände von Milizen und Terroristen in der Ukraine gelangen werden“, heißt es in einer Erklärung der Botschaft am Mittwoch.

Die Diplomaten verweisen darauf, dass ukrainische „Neonazis“ mit der politischen und materiellen Unterstützung Washingtons „im Grunde genommen einen Blankoscheck für Provokationen und Gewaltaktionen im Donbass erhalten“.

Allein in den letzten Tagen haben die USA drei Waffenchargen mit Flugzeugen in die Ukraine geliefert. Am Dienstag wurden 80 Tonnen Militärgüter, darunter 300 Javelin-Panzerabwehrraketen, in die Ukraine geschickt.

In der ständigen Vertretung Russlands bei der Uno wurde konstatiert, dass die Ukraine von US- und Nato-Waffen sowie von „unzähligen“ Beratern aus westlichen Ländern „überschwemmt“ sei.

In den letzten Monaten tauchen in westlichen Massenmedien immer wieder neue Berichte

über die Vorbereitung einer „Invasion“ Moskaus in die Ukraine auf. Die russische Seite wies diese falschen Informationen wiederholt zurück und betonte, dass solche Behauptungen zur Aufstockung der Truppen der Nordatlantischen Allianz vor den Grenzen Russlands genutzt würden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/06/4228839_0:268:3073:1497_1920x0_80_0_0_19292948aed584f753a26fe044369e0c.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 26. Januar um 9:00 Uhr 22.263 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

428 Personen sind derzeit erkrankt, 18.681 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3154 Todesfälle.

de.rt.com: Ukrainischer General nennt mögliches Datum für "russische Invasion"

Russische Truppen könnten am 20. Februar in die Ukraine einmarschieren, teilte der ukrainische Generalleutnant Alexander Pawljuk mit. Er ist der Ansicht, dass der russische Präsident erst nach den Olympischen Spielen in Peking mit einer Offensive beginnen will. Russische Panzer und Truppen könnten nur noch wenige Wochen davon entfernt sein, die ukrainische Grenze zu überqueren, behauptet einer der obersten Generäle Kiews. In einem Interview, das in der britischen Zeitung The Times veröffentlicht wurde, sagte Generalleutnant Alexander Pawljuk, dass der Einmarsch in die Ukraine einige Tage nach den Olympischen Winterspielen stattfinden könnte. Der 20. Februar "ist ein Datum, das uns Sorgen bereitet", fuhr er fort. Ihm zufolge werde Russlands Präsident Wladimir Putin die Beziehungen zu China, wo vom 4. bis 20. Februar die Olympischen Winterspiele stattfinden, wohl nicht durch Militärhandlungen trüben wollen. Darüber hinaus markiert der 20. Februar das Ende der geplanten Militärübungen zwischen Russland und Weißrussland an der Grenze zur Ukraine.

Pawljuk fügte hinzu, dass die russische Armee höchstwahrscheinlich den Südosten der Ukraine angreifen werde, wo sich viele Industrie- und Verteidigungsunternehmen befinden. Die Aufgabe der ukrainischen Armee sei nicht, das russische Militär einzudämmen, sondern einen maximalen Schaden anzurichten, so Pawljuk. "Wenn es unseren Geheimdiensten gelingt, die Richtung des russischen Angriffes vorherzusagen, werden sie nach den ersten großen Verlusten nicht weitergehen", sagte Pawljuk. Er zeigte sich zuversichtlich, dass seine Truppen gegen Russland kämpfen können:

„Die Ukraine ist bereit, ernsthaften Widerstand zu leisten. Auf unserer Seite stehen eine halbe Million Menschen, die im Jahr 2014 den Krieg im Donbass durchgemacht haben. Sie können Russen mit bloßen Händen auseinanderreißen.“

Trotz solcher Aussagen hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einer Fernsehansprache Entwarnung gegeben. Er bat die Bürger, Ruhe zu bewahren und sich nicht von Falschmeldungen täuschen zu lassen. Am Montag versuchte auch der Sekretär des ukrainischen Sicherheitsrates Alexei Danilow, die Behauptungen zu entkräften, indem er sie

als Panikmache bezeichnete.

Westliche Medien berichten in den vergangenen Wochen vermehrt über angebliche Vorbereitungen Moskaus für einen Einmarsch in die Ukraine. Ukrainische und westliche Vertreter weisen dabei auf Moskaus Truppenbewegungen nahe der Grenze zur Ukraine hin, wo Berichten zufolge mehr als 100.000 russische Soldaten zusammengezogen sollen. Der Kreml argumentiert, dass Russland seine Truppen innerhalb seines eigenen Landes verlegt. Zudem fordert Moskau von der NATO Sicherheitsgarantien und ein Ende der Osterweiterung des Militärbündnisses.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f10479b480cc39c77b43fb.jpg>

Mzdnr.ru: Am 25. Januar wurden in der DVR 3497 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 573 positiv, bei 25 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 46 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 4 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 29 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 611 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 333 mit Sauerstoffunterstützung (+8 in den letzten 24 Stunden).

Am 26. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 123.125 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4225 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 109.391 als gesund entlassen, es gibt 9509 Todesfälle.

snanews.de: **Polen fordert „klare Signale“ von Deutschland in der Ukraine-Krise**

Der polnische Vizeaußenminister Szymon Szynkowski vel Sęk hat Zweifel an der Verlässlichkeit Deutschlands in der Ukraine-Krise geäußert. Die Bundesregierung solle ihm zufolge ein klares Nein zur Inbetriebnahme der Ostseepipeline Nord Stream 2 sagen und Waffenlieferungen an die Ukraine erlauben. Das sagte er der Deutschen Presse-Agentur am Mittwoch.

„In Polen und in anderen osteuropäischen Ländern fragen sich viele, welches Spiel Deutschland im Ukraine-Konflikt eigentlich spielt“, sagte der polnische Politiker der DPA in Berlin. Es gebe Zweifel, ob man auf Deutschland zählen könne.

„Ich würde mir wünschen, dass sich diese Zweifel nicht verstärken, sondern abgebaut werden. Wir brauchen da klare Signale von Deutschland.“

Konkret forderte der Vizeaußenminister von der Bundesregierung ein klares Nein zur Inbetriebnahme der umstrittenen Ostseepipeline Nord Stream 2 und eine schnelle Genehmigung der Lieferung von Haubitzen aus früheren DDR-Beständen aus Estland in die Ukraine. „Wir befinden uns in einer speziellen Situation. Und in einer speziellen Situation sollte man auch zu speziellen Mitteln greifen“, sagte er zur deutschen Absage an

Waffenlieferungen in die Ukraine.

„Und deswegen erwarten wir starke Worte und starke Taten der deutschen Regierung und nicht eine Vernebelung der Tatsachen.“

Die Bundesregierung prüft eine von Estland beantragte Genehmigung für eine Waffenlieferung an die Ukraine. Diese ist erforderlich, weil die Haubitzen aus DDR-Altbeständen mit Auflagen zunächst an Finnland verkauft und dann später von dort an Estland gegeben worden waren.

Die Ukraine fordert von Deutschland darüber hinaus Waffenlieferungen zur Verteidigung gegen einen möglichen russischen Angriff in großem Stil, unter anderem Kriegsschiffe und Luftabwehrsysteme. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) haben der Lieferung letaler, also tödlicher Waffen, eine klare Absage erteilt. Zuvor hat auch der Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt Kiew, Vitali Klitschko, der Bundesregierung in seinem Gastbeitrag für die „Bild“ „Verrat an Freunden“ wegen Berlins Stellungen gegenüber Waffenlieferungen an die Ukraine vorgeworfen. Er forderte außerdem, dem Altkanzler Gerhard Schröder gesetzlich zu verbieten, „für das russische Regime zu arbeiten“.

Einige Nato-Staaten, darunter Großbritannien und die baltischen Staaten haben zuletzt den Waffenlieferungen an die Ukraine zugestimmt. Die USA liefern ihre schon: allein am Dienstag haben sie der Ukraine laut einem Bericht von Fox News 300 Panzerabwehrraketen vom Typ Javelin geschickt. Laut US-Medien erwägt US-Präsident Joe Biden auch den Einsatz von Tausenden US-Soldaten sowie Kriegsschiffen und Flugzeugen auf dem Territorium der Nato-Verbündeten in Osteuropa und im Baltikum. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/15/4050021_0:157:3083:1891_1920x0_80_0_0_ec5c98804f892a003fa4779d7c369f70.jpg

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR Oberst E. Basurin am 26. Januar 2022

Das Kommando der Volksmiliz der DVR stellt weitere Maßnahmen einer aktiven Vorbereitung der bewaffneten Formationen der Ukraine auf Angriffshandlungen im Donbass fest.

Folgende Informationen der Aufklärung der Volksmiliz der DVR liegen vor:

An den Eisenbahnstationen in Krasnoarmejsk, Drushkowska und Satschatowka wurde die Ankunft von Waggons mit Treibstoff und Munition festgestellt, die für die Auffüllung der Truppen- und operativen Reserven der 25., 56., 54., 53. und 36. Brigade der ukrainischen Streitkräfte vorgesehen sind, die sich an der Kontaktlinie befinden. Um die Aufdeckung dieses Sachverhalts durch Patrouillen der OSZE-Mission und örtliche Einwohner zu verhindern, haben die Kommandeure dieser Verbände Anweisungen erhalten, die Entladung und den Transport von Treibstoff und Munition zu den Brigadelagern in der dunklen Tageszeit

über Feldwege durchzuführen.

Außerdem wurden die Kommandeure der Brigaden der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ angewiesen, in einem Abstand von 15-20 km von der Kontaktlinie Feldraketenartilleriewaffenlager zur Aufnahme von Munition „auf dem Boden“ einzurichten. In den Feldmilitärhospitälern in der Zone der sog. Operation der vereinigten Kräfte im Gebiet von Konstantinowka, Kurachowo, Wolnowacha und Mariupol wurden außerplanmäßig dort in Behandlung befindliche Kranke entlassen und an ihren Dienstort für eine weitere ambulante Behandlung geschickt. Die Leiter der Militärhospitäler wurden vom Kommando der OOS beauftragt, Platz für die Lagerung von Spenderblut einzurichten und zur Einrichtung zusätzlicher Betten bereit zu sein sowie Verbandsmaterialien zu bestellen. Mit dem medizinischen Personal wurden Trainings zum Aufbau und zur Arbeit von Aufnahmepunkten und für die Einteilung von Verletzten durchgeführt.

Von unseren geheimdienstlichen Quellen haben wir Informationen erhalten, dass die militärisch-zivilen Verwaltungen der Donezker und der Lugansker Oblast angewiesen wurden, die Evakuierungspläne für die Einwohner der frontnahen Ortschaften genauer auszuarbeiten sowie Fahrzeuge und Objekte, die für den Transport und die Unterbringung evakuierter Bürger vorgesehen sind, zu kontrollieren.

Außerdem haben geheimdienstliche Quellen eine Aktivierung der Tätigkeit der ukrainischen nationalistischen Organisationen festgestellt. An den Anwerbungspunkten in den Städten Charkow, Belaja Zerkow, Cherson und Dnjepropetrowsk werden Kämpfer aus den Reihen von Bürgern, die Kampferfahrung im Donbass haben, angeworben. Sie durchlaufen militärische Übungen in Ausbildungslagern. Es wurde eine Sammlung von Mitteln für den Kampf von Fahrzeugen und die Ausrüstung von Sturmgruppen von Nationalisten begonnen. Außerdem gibt es Informationen, dass der Gegner ein Defizit an verschiedenen Arten von Munition hat, das er versucht durch Lieferungen aus dem Ausland auszugleichen. In diesem Zusammenhang führt die ukrainische politische Führung Gespräche mit NATO-Ländern, die alte Munition für Artilleriesysteme aus sowjetischer Produktion, über die die ukrainischen Streitkräfte verfügen, in ihren Lagern haben. Zwischen den Verteidigungsministerien der Tschechischen Republik und der Ukraine wird die Frage erörtert, den ukrainischen Streitkräften 152mm-Artilleriegeschosse zu liefern.

Wir meinen, dass die Übergabe jeglicher Art von Geschossen und von anderen tödlichen Waffen an die Ukraine eine Eskalation des Konflikts befördern wird.

Wir rufen die Regierung der Länder und die internationalen Organisationen, die Friedensinitiativen zur Regelung des Konflikts im Donbass unterstützen, auf, die Versuche der ukrainischen Seite, zusätzliche Angriffswaffen und Munition zu erhalten, zu blockieren sowie einen Beginn aktiver Kriegshandlungen durch die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte nicht zuzulassen.

de.rt.com: NATO-Mitgliedschaft von Schweden und Finnland: Es kann schnell gehen, wenn der Wille da ist

Besonders Schweden erfüllt nach Ansicht des NATO-Generalsekretärs die Kriterien für eine Mitgliedschaft im Militärbündnis. Wenn der Wille da ist, könnte die Aufnahme binnen eines Tages erfolgen. Schweden und Finnland sieht er als geschätzte Partner an.

Der ehemalige NATO-Chef Anders Fogh Rasmussen sagte kürzlich, dass es lediglich "einen Tag" dauern würde, Schweden in das Militärbündnis der NATO aufzunehmen, denn es erfülle auch nach Ansicht des gegenwärtigen Generalsekretärs Jens Stoltenberg ganz besonders die Kriterien für eine Mitgliedschaft in der NATO. Er sieht die Kriegsgefahr in Europa angesichts der vermeintlichen russischen Aggression als real an. Diplomatische Bemühungen hätten die Gefahr eines russischen Angriffs auf die Ukraine bislang nicht abschwächen können.

Gegenüber den finnischen Nachrichten erklärte Stoltenberg:

"Schweden und Finnland sind sehr geschätzte Partner. Unsere Stärken haben wir gemeinsam

trainiert und geübt und wissen, dass wir gut zusammenarbeiten können."

Schweden steht für ihn im Fokus einer möglichen Mitgliedschaft:

"Aber meine wichtigste Botschaft ist, dass es Schweden und nur Schweden ist, das entscheidet, ob es sich um eine Mitgliedschaft bewirbt."

Finnland bezeichnete er unterdessen als "lösungsorientiertes Partnerland". Die Entscheidung Washingtons, Streitkräfte in Alarmbereitschaft zu versetzen, zeige, dass die NATO bereit sei, alle Mitglieder zu verteidigen:

"Es besteht die reale Gefahr eines militärischen Konflikts in Europa."

Nach Ansicht von Stoltenberg habe die "Annektierung der Krim" gezeigt, dass Moskau bereit ist, militärische Gewalt anzuwenden. In Brüssel besprachen die Außenminister von Schweden und Finnland mit dem NATO-Generalsekretär am Montag die Sicherheitslage in der Ostsee. Die Parteien sind sich einig, dass sich diese verschlechtert habe.

Am Montag hatte Russland bekannt gegeben, dass zum Zwecke von Militärübungen 20 Kriegsschiffe sowie Unterstützungseinheiten im Rahmen von Marineübungen in der Ostsee unterwegs seien. Dienstag wurden von norwegischen Streitkräften fünf russische Kriegsschiffe gesichtet.

Die russischen Schiffe bewegten sich dabei nördlich der Finnmark im nordöstlichsten und östlichsten Norwegen. Darunter die Fregatte Admiral Gorschkow, ein U-Boot-Jäger der Udaloy-Klasse, ein Kreuzer vom Typ Slava und zwei Unterstützungsschiffe vom Typ Kalinigradneft und Silva. Die norwegischen Streitkräfte mussten jedoch feststellen:

"Die russischen Schiffe sind lang auf internationalen Gewässern gefahren, aber Norwegen überwacht kontinuierlich die Bewegungen in norwegischen Nachbargebieten."

Die schwedische Presse witterte Gefahr im Verzug und titelte, dass sich fünf russische Kriegsschiffe vor der norwegischen Küste befinden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f1103fb480cc0d592c0132.jpeg>

Drononline.su: Das Staatssicherheitsministerium der DVR hat Informationen erhalten, dass Spezialdienste der Ukraine in frontnahen Ortschaften auf dem Territorium der Republik Diversionen vorbereiten.

Das MfS der DVR hat bei operativen Fahndungsmaßnahmen in der Nähe von Dokutschajewsk ein Versteck in einem verlassenen Haus entdeckt, in dem sich 1,6 kg Sprengstoff, 20 Handgranaten und 15 Geschosse für Granatwerfer befanden. Nach vorliegenden Informationen wurde diese Munition von Agenten ukrainischen Spezialdienste für deren weiteren Einsatz bei einer Serie von Diversionen und terroristischen Akten zur Destabilisierung der Lage in der Republik vorbereitet.

Es muss angemerkt werden, dass die Verhinderung von verblendeten Plänen ukrainischer Spezialdienste gegen friedliche Einwohner möglich wurde dank der aktiven Hilfe von Bürgern der Republik. Das MfS unternimmt derzeit Maßnahmen zur Liquidierung des

Diversionsnetzes des Gegners.

„Bürger der DVR! Wir bitten Sie, wachsam zu sein, eine aktive Position als Bürger einzunehmen und nicht unbeteiligt zu bleiben. Jede Information über die Vorbereitung von Terrorakten kann nicht nur ein Menschenleben retten.

Gemeinsam können wir den terroristischen Krieg bekämpfen, der vom verbrecherischen ukrainischen Regime entfacht wird!“, heißt es in der Mitteilung.

de.rt.com: Alexei Nawalny als Extremist eingestuft

Der inhaftierte Videoblogger Alexei Nawalny und einige seiner prominentesten Mitarbeiter wurden auf die offizielle Regierungsliste mit "Terroristen und Extremisten" gesetzt. Zuvor war die Tätigkeit seiner Wahlkampforganisationen im Land per Gerichtsurteil verboten worden.

Am Dienstag haben die russischen Behörden den verurteilten Politblogger Alexei Nawalny und einige seiner Mitstreiter zu Extremisten erklärt. Das geht aus Einträgen der Webseite von Rosfinmonitoring hervor, dem russischen Finanzüberwachungsdienst. Nach russischem Recht müssen die Bankkonten der in dem Extremistenregister aufgeführten Personen und Organisationen sofort eingefroren werden, wobei Abhebungen auf 10.000 Rubel (112 Euro) pro Monat beschränkt sind.

Unter den acht als Terroristen und Extremisten eingestuften Personen befinden sich mehrere Mitarbeiter der Anti-Korruptions-Stiftung (FBK), einer Organisation, die Nawalny 2011 mit dem erklärten Ziel gegründet hatte, die Korruption unter hochrangigen russischen Beamten zu untersuchen und aufzudecken. Die FBK wurde 2019 vom Justizministerium zum "ausländischen Agenten" erklärt, weil sie Gelder aus dem Ausland erhielt. Im Juni 2021 wurde sie als extremistische Organisation eingestuft und aufgelöst, weil sie unter anderem illegale Demonstrationen organisierte.

Zu den ehemaligen FBK-Mitarbeitern, die nun als Extremisten eingestuft werden, gehört die Nawalny-Mitarbeiterin Ljubow Sobol, die Russland im vergangenen August verlassen hat, nachdem sie wegen der Organisation von Kundgebungen, die gegen die COVID-19-Richtlinien verstoßen hatten, zu 18 Monaten auf Bewährung verurteilt wurde. Sobol ist eine von mehreren Mitarbeitern des Bloggers, die aus Russland geflohen sind, nachdem sie von den Behörden ins Visier genommen worden waren. Nach Ansicht der Aktivisten seien diese Maßnahmen politisch motiviert.

Anfang dieses Monats wurden Leonid Wolkow und Iwan Schdanow, enge Verbündete Nawalnys, die Russland im vergangenen Jahr ebenfalls verlassen hatten, auf dieselbe Liste mit Terroristen und Extremisten gesetzt. Im Dezember wurde Schdanows Vater Juri in einem Korruptionsfall zu einer Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt. In diesem Monat ordnete ein Richter an, dass er wegen Verstoßes gegen die Bewährungsauflagen in eine Haftanstalt genommen wird. Sein Sohn und andere Nawalny-Anhänger erklärten, dass es sich bei dem Verfahren ebenfalls um eine politische Aktion handele. Iwan Schdanow warf den Behörden vor, sich durch die Verfolgung seines Vaters an ihm rächen zu wollen.

Nawalny verbüßt derzeit eine zweijährige und achtmonatige Haftstrafe in einer Arbeitskolonie, weil er gegen die Bedingungen einer Bewährungsstrafe verstoßen hat, die er 2014 erhalten hatte. Im Januar 2021 wurde er bei seiner Rückkehr aus Deutschland, wo er sich einer ärztlichen Behandlung unterzogen hatte, an einem Moskauer Flughafen verhaftet. Ärzte in Berlin wollen in Nawalnys Körper Spuren des Nervengifts Nowitschok festgestellt haben. Der Aktivist und seine Unterstützer behaupten, dass er im Verlauf eines von Geheimdiensten durchgeführten Attentats vergiftet worden sei. Die Behörden in Moskau haben diese Anschuldigung zurückgewiesen und erklärt, dass Anfragen nach Beweisen und Proben des Giftes an das Krankenhaus und die Behörden in Deutschland unbeantwortet blieben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f10b0348fbef4eab65c3cd.jpg>

nachmittags:

de.rt.com: **Gruschko: "Moskau bekam einige mündliche Antworten auf unsere Sicherheitsvorschläge"**

Der stellvertretende russische Außenminister Alexander Gruschko hat am Mittwoch mitgeteilt, dass Moskau bereits einige Antworten auf die geforderten Sicherheitsvorschläge erhalten habe – bisher aber nur in mündlicher Form.

Russland habe einen Teil der Antworten auf seine Fragen bereits mündlich erhalten, sagte Alexander Gruschko am Mittwoch. "Ja, wir haben bereits einige Antworten auf unsere bisherigen Fragen mündlich erhalten. Aber wir wollen wissen, warum einige unserer Vorschläge nicht akzeptabel sind", sagte er vor Reportern in der Staatsduma. Er wies darauf hin, dass es bei den Vorschlägen zu Sicherheitsgarantien unmöglich sei, "Punkt für Punkt Einwände zu erheben".

Der Entwicklungsprozess der europäischen Sicherheit sei an einem gefährlichen Punkt angelangt, dementsprechend sei es notwendig, zum Aufbau der globalen Sicherheit zurückzukehren, sagte Gruschko. Ihm zufolge führen die Vorschläge Moskaus zum Abbau militärischer Spannungen und zu der Möglichkeit, auf rationalem Weg für die Sicherheit zu sorgen. Damit würden Ressourcen freigesetzt, um friedliche Probleme zu lösen, und um jene Themen umzusetzen, die bereits auf der internationalen Tagesordnung stünden. "Wir sind davon überzeugt, dass das friedliche Potenzial unserer Initiativen realisiert und unterstützt wird", betonte der stellvertretende Minister. Er bezeichnete die russischen Vorschläge als "Appell an den gesunden Menschenverstand":

"Wenn wir eine beliebige Person auf der Straße bitten, unsere Vorschläge zu kommentieren, so erfüllen diese Vorschläge tatsächlich alle Ziele zur Stärkung der Sicherheit und des Aufbaus einer friedlichen Architektur in Europa und auch weltweit."

Am Dienstag hieß es aus dem Auswärtigen Amt der USA, man habe auf die Vorschläge Moskaus noch nicht reagiert. "Die Antwort wurde noch nicht nach Moskau übermittelt. Sobald sie gesendet wird, werden wir Sie benachrichtigen", sagte Sprecher Ned Price. Die Behörde betonte aber, dass Washingtons Antwort weder die NATO noch die Ukraine überraschen werde. Laut Price habe man die Ukraine über den Inhalt des Dokumentes bereits informiert.

Jen Psaki, die Pressesprecherin des Weißen Hauses, sagte, dass die USA das Schreiben nicht publik machen werden. "Dokumente, die Teil von Verhandlungen oder Diskussionen sind, werden normalerweise nicht veröffentlicht. Dies ist Teil des diplomatischen Prozesses", sagte sie.

Die Sicherheitsgarantien sollen nach dem Wunsch Moskaus in einem Abkommen mit der

NATO und in einem Vertrag mit den USA festgehalten werden. Für beide Vereinbarungen hatte Russland im Dezember Entwürfe präsentiert.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f12467b480cc0bf2638231.jpg>

snews.de: **Fall MH17: Russlands Vertreter beim EGMR in Straßburg beklagt voreingenommene Prozessentwicklung**

Russlands Vertreter beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Michail Winogradow, hat heute in Straßburg die Position Moskaus im Fall MH17 verdeutlicht und die Haltung der Niederlande sowie der Ermittler kritisiert.

Am Mittwoch begann der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, die Klagen der Ukraine und der Niederlande gegen Russland im Fall des MH17-Absturzes im Jahr 2014 zu hören.

Laut Winogradow sei sich Russland sicher, dass sich der Startpunkt der Rakete, welche die Boeing abgeschossen hatte, auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium befand.

„Wir verfolgen aufmerksam das Verfahren vor dem Bezirksgericht in Den Haag und wissen, dass nach den Erklärungen des Gerichtsexperten Michail Malyschewski der Ort des mutmaßlichen Raketenstarts auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Gebiet liegt und der Sprengkopf, das nach Angaben des gemeinsamen Untersuchungsteams das Flugzeug abgeschossen hat, gehört den Streitkräften der Ukraine“, hieß es.

Er fügte dem hinzu, dass vor dem Flugzeugunglück die Ukraine regelmäßig Artillerie- und Luftangriffe unternommen habe.

Darüber hinaus rief Winogradow den Gerichtshof dazu auf, die Klagen der Ukraine und der Niederlande gegen Russland fallen zu lassen:

„Leider führen die niederländischen Behörden den Gerichtshof in die Irre darüber, das ‚die Rechtshilfeersuchen von den russischen Behörden ganz oder teilweise unbeantwortet blieben“.

Er verwies darauf, dass Russland 28 der 29 Rechtshilfeersuchen der Niederlande erfüllt habe – das Letzte werde noch bearbeitet.

Die Behörden der Niederlande drücken in ihrer Klage eine Unzufriedenheit mit den russischen Antworten auf ihre Ersuchen aus. In der Tat habe Russland aber mehrere Bände von Dokumenten – digital sowie auf Papier – übergeben. Laut Winogradow wurden diese Materialien aber nicht genutzt, und einige wurden sogar als geheim eingestuft und dem gemeinsamen Ermittlungsteam nicht weitergeleitet.

„Wahrscheinlich passten diese Beweise nicht in die Version der Ermittlung, die im Voraus die Russische Föderation für den Abschuss von MH17 verantwortlich gemacht hatte“, resümierte Winogradow.

Moskau bedaure die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, die russische Klage gegen

Kiew mit denen der Niederlande und der Ukraine im MH17-Fall nicht zu vereinen. Eine Vereinigung der Klagen hätte der „gebotenen Gerechtigkeit“ dienen können, sagte Winogradow.

Prozess zum Boeing-Absturz

Die internationale Ermittlergruppe, die unter Leitung der Generalstaatsanwaltschaft der Niederlande ohne Beteiligung Russlands die Umstände des Unglücks untersucht, hatte bereits Zwischenergebnisse ihrer Arbeit vorgelegt.

Die Ermittler behaupten, dass die Boeing 777 von einem Fla-Raketenkomplex Buk der in Kursk stationierten 53. Fla-Raketenbrigade der russischen Streitkräfte abgeschossen worden sei.

Indes haben Fachleute des russischen Unternehmens Almas-Antei drei Experimente durchgeführt, die beweisen, dass die Buk-Rakete nicht von dem damals von den Volksmilizen kontrollierten Ort Perwomaiskoje, sondern von der Ortschaft Saroschtschenskoje abgefeuert worden war, die zu diesem Zeitpunkt unter Kontrolle der ukrainischen Armee stand.

Der Gerichtsprozess zum Absturz der malaysischen Boeing 777, Flug MH17, war am 9. März 2020 in den Niederlanden eingeleitet worden. Die Hauptverdächtigen sind die Russen Igor Girkin, Sergej Dubninski, Oleg Pulatow und der Ukrainer Leonid Chartschenko. Pulatow wird von einer russischen und einer niederländischen Anwältin vertreten. Die Gerichtsverhandlungen zur Hauptsache haben am 7. Juni begonnen.

Die Boeing 777, die von Amsterdam nach Kuala Lumpur unterwegs war, stürzte am 17. Juli 2014 bei Donezk ab. An Bord befanden sich 298 Menschen. Niemand überlebte. Kiew hat die Volksmilizen wegen dieser Flugzeugkatastrophe beschuldigt. Wie diese erklärten, verfügten sie über keine Waffen, die ein Flugzeug in einer so großen Höhe hätten abschießen können. Die Ukraine weigerte sich, Daten von ihren Radargeräten zur Verfügung zu stellen, und die USA haben der Ermittlung keine Satellitenbilder übergeben, auf denen sichtbar sein soll, wie die Rakete abgeschossen werde.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1a/5135273_0:188:3059:1909_1920x0_80_0_0_724864971c63f98f3e2809e23e395d5c.jpg

de.rt.com: Meinungsverschiedenheit innerhalb der US-Delegation: Iran offen für direkte Atomgespräche mit USA

Richard Nephew, ein hochrangiger Berater des US-Sonderbeauftragten für Iran verließ die US-Delegation in Wien. Der ehemalige zweithöchste Funktionär des US-Verhandlungsteams war der Architekt der harten Wirtschaftssanktionen gegen Iran. Teheran signalisiert zugleich Bereitschaft zu direkten Atomverhandlungen mit Washington.

Die Wiener Gespräche mit Iran haben einen kritischen Punkt erreicht, da die US-Delegation intern gespalten darüber sein soll, wie die Atomverhandlungen zur erhofften Wiederbelebung

des Atomdeals am besten fortgesetzt werden sollten. Das berichtet das Wall Street Journal am Montag.

Die US-Regierung bestätigte am Wochenende, dass Richard Nephew, ein hochrangiger Berater des US-Sonderbeauftragten für Iran das Team verließ. Nephew, der ehemalige zweithöchste Funktionär der US-Delegation war der Architekt der harten Wirtschaftssanktionen gegen Iran. Er hatte sich in den laufenden Verhandlungen für eine härtere Verhandlungsposition gegenüber Teheran ausgesprochen. Nephew nahm Berichten zufolge seit Anfang Dezember nicht mehr an den Wiener Gesprächen teil.

Die Entwicklung erfolgte nach dem Abgang von zwei weiteren Teammitgliedern, die in den vergangenen Wochen ähnliche Bedenken hinsichtlich der Richtung der Verhandlungen geäußert hatten. Zu den Fragen, die die US-Delegation gespalten haben soll, gehört, wie entschieden bestehende Sanktionen durchgesetzt werden sollten, falls Verhandlungen sich in die Länge ziehen – während Iran sein Atomprogramm weiter beschleunigt. Die internen Meinungsverschiedenheiten kommen zu einem entscheidenden Zeitpunkt, da US- und europäische Beamte behaupten, dass nur noch wenige Wochen verbleiben, um das Abkommen von 2015 zu retten, bevor Iran die Qualifikation erwirbt, genug Material für eine Bombe anzureichern.

Einige Diplomaten in der US-Delegation sollen bereits im Dezember darauf gedrängt haben, die Gespräche zu verlassen, nachdem das neue iranische Verhandlungsteam unter der Raisi-Regierung die meisten Vereinbarungen der vorherigen Regierung im Frühjahr 2021 rückgängig gemacht hatte.

Iran lehnt seit der Aufkündigung des Abkommens durch die Trump-Regierung 2018 direkte Verhandlungen mit Washington ab.

Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian erklärte jedoch am Montag, die Islamische Republik sei bei einem weiteren, günstigen Verlauf der Verhandlungen zu direkten Gesprächen mit den US-Amerikanern bereit. Die USA hätten wiederholt positive Signale bei den in Wien laufenden Gesprächen über eine Erneuerung des Atomdeals mit Teheran übermittelt, fügte er hinzu. Der iranische Präsident Ebrahim Raisi sagt auch am Mittwoch, dass ein Atomabkommen möglich sei, wenn die Sanktionen gegen Iran aufgehoben werden. Die iranische Delegation hatte unlängst in Wien zwei neue Entwürfe zu den Verpflichtungen Irans in der Kernforschung vorgelegt, die sowohl die Aufhebung der US-Sanktionen als auch Teherans Rückkehr zu seinen atomtechnischen Auflagen beinhalten. Nun soll ein dritter Entwurf vonseiten Irans zur Wiederbelebung des Atomdeals verfasst worden sein.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f1262bb480cc1bd17d57be.jpg>

**armiyadnr.su: Bericht des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR
In den letzten 24 Stunden wurden acht Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung**

von Seiten des Gegners festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 25. Brigade von den Positionen im Gebiet von Werchnetorezkoje **Wassiljewka** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 56. Brigade von den Positionen im Gebiet von Peski aus die **Siedlung Gornjak** in Donezk mit Antipanzer- und automatischen Granatwerfern beschossen.

Von den Positionen der 54. Brigade im Gebiet von Marjinka aus wurde **die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

Kämpfer der 25. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus mit Antipanzergranatwerfern in Richtung **Spartak** gefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen der 36. Marineinfanteriebrigade von den Positionen im Gebiet von Pischtschewik aus zweimal **Oktjabrj** mit Antipanzer- und automatischen Granatwerfern beschossen.

Außerdem wurde von den Positionen im Gebiet von Schirokino aus **Dsershinskoje** mit automatischen Granatwerfern beschossen.

Kämpfer der 53. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Starognatowka aus **Belaja Kamenka** mit Antipanzer- und automatischen Granatwerfern beschossen.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer aus der 36.

Marineinfanteriebrigade **zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Pawlopol** stationiert.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 95. Brigade zu verhindern, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen im Gebiet von Rosowka zu blockieren.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 17 vom 25.01.2022 bestätigt.

snanews.de: **Ukraine-Konflikt: Kreml erwartet offenes Gespräch in Paris**

Russland erwartet vom Pariser Krisen-Treffen mit Vertretern der Ukraine ein „langes, offenes und ergebnisreiches Gespräch“. Das Ergebnis sollte maximal sein, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Mittwoch in Moskau der Agentur Interfax zufolge. Wie hoch dieses Maximum aussehen werde, sei schwer zu bewerten.

In der französischen Hauptstadt wollten die politischen Berater der Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine im sogenannten Normandie-Format zusammenkommen. Berlin und Paris vermitteln in dem seit fast acht Jahren andauernden Konflikt. Es ist das erste Treffen zwischen Russland und der Ukraine seit Beginn der aktuellen Spannungen um den massiven russischen Truppenaufmarsch nahe der Ukraine.

„Provokative Manöver“ in der Nähe russischer Grenzen

Russlands Außenminister Sergej Lawrow warf dem Westen vor, die Ukraine zu einer gewaltsamen Lösung zu drängen. Er verwies dabei auf Waffenlieferungen und „provokativen Manövern in der Nähe unserer Grenzen“. Zudem machte Lawrow einmal mehr deutlich, dass der Konflikt nur überwunden werden könne, wenn die Ukraine den 2015 in Minsk (Belarus) vereinbarten Friedensplan umsetze. Russland sei keine Partei in dem Konflikt. Der Westen sieht das anders. Staatschef Präsident Wladimir Putin will dazu an diesem Freitag mit seinem französischen Kollegen Emmanuel Macron telefonieren.

Zugleich warnte Peskow vor möglichen Sanktionen, die direkt gegen Präsident Putin gerichtet sind. Das wäre politisch destruktiv. Schmerzhaft würden sie aber nicht sein. US-Präsident Joe Biden hatte Strafmaßnahmen auch gegen seinen russischen Kollegen nicht ausgeschlossen. Die Staatschefs hatten wegen des Konflikts im Dezember zweimal miteinander gesprochen.

Der Westen befürchtet angesichts russischer Truppenbewegungen an der ukrainischen Grenze, dass der Kreml einen Einmarsch in das Nachbarland planen könnte. Moskau wies das mehrfach zurück.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1a/5138328_0:204:3277:2047_1920x0_80_0_0_7d6579f1f6ebf0c6646e9e2d7d195f26.jpg

snanews.de: **Lawrow benennt Ziele westlicher Politik in der Ukraine**

Nach Aussage des russischen Außenministers Sergej Lawrow verfolgen westliche Regierungen vorrangig das Ziel, die Machthaber in Kiew zu einer gewaltsamen Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine anzustiften.

Laut dem Minister besteht die Absicht des Westens darin, die ukrainische Führung dazu zu veranlassen, den Konflikt im Donbass mit militärischen Mitteln zu lösen. „Dem Westen ist sehr an einer realen Provokation gelegen“, sagte Lawrow am heutigen Mittwoch vor den Abgeordneten der russischen Staatsduma.

Kiew werde zu einer „gewaltsamen Operation“ im Osten der Ukraine animiert. Das Ziel dieses „leicht surrealen Verhaltens“, so Lawrow, bestehe darin, entweder durch den Einsatz von Militär im Donbass oder „auf irgendeinem anderen Wege die Minsker Vereinbarungen endgültig zu begraben“.

Aufregung und Truppenverstärkung an der Ost-Flanke

Parallel dazu erhöht der Westen den Druck durch Aufsehen erregende Erklärungen, etwa durch den angekündigten Abzug von Botschaftspersonal aus der ukrainischen Hauptstadt. „Der Westen schürt Hysterie: Die Evakuierung parallel zur Waffenzufuhr, parallel zum ständigen Zuspielen in die Hände der ukrainischen Elite – obwohl die ukrainische Elite, wie mir scheint, selbst schon ein wenig Angst davor hat, dass der Westen übermäßig Angst erzeugt“, so der russische Außenminister.

Die Nato hat dieser Tage angekündigt, mehr Militär in die Ostsee und die osteuropäischen Länder zu schicken. Damit will das Militärbündnis seine vermeintliche Abschreckungspräsenz an der Ostflanke verstärken. Hintergrund sind Befürchtungen vor einem russischen Einmarsch in die Ukraine, von dem der Westen seit Wochen spricht. Moskau erklärt währenddessen, seine Nachbarn nicht anzugreifen und auch niemanden bedrohen zu wollen. Diese Erklärung hat die russische Führung durch Vorschläge für den Aufbau einer für alle Seiten verlässlichen Sicherheit in Europa unterlegt. Eine Antwort auf diese Sicherheitsvorschläge verweigert der Westen bislang.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/1a/5139336_0:0:3023:1700_1920x0_80_0_0_ea83aad_b2659b9e8880149c7125e084b.jpg

de.rt.com: **Beeinflussen Sanktionen des Westens die Beziehungen zwischen Russland und China?**

Weder Russland noch China ist für die jüngsten internationalen Spannungen verantwortlich. Die Verantwortung liege beim Westen und seinen Sanktionen. Darauf wies der Botschafter Russlands in China hin.

Die Sanktionspolitik des Westens und die Androhung restriktiver Maßnahmen gegen Moskau und Peking hat keinen Keil zwischen die beiden Staaten getrieben. Das erklärte der russische Botschafter in China Andrei Denissow inmitten der zunehmenden Spannungen mit Washington und seinen Verbündeten in Europa.

Auf einer Pressekonferenz am Dienstag betonte der Diplomat, dass die jüngste Zunahme der weltweiten Feindseligkeiten in erster Linie auf Komplikationen in den Beziehungen Russlands zu den USA und der EU zurückzuführen sei. Denissow fügte hinzu, dass auch die Beziehungen Pekings zum Westen mit vielen Schwierigkeiten behaftet seien. Er hob hervor: "All dies ist ausschließlich auf die Position derjenigen zurückzuführen, die sich uns entgegenstellen."

"Weder China noch Russland sind die Ursache der jüngsten internationalen Spannungen. Die Verantwortung hierfür liegt auf der anderen Seite."

Zudem wies der Botschafter darauf hin, dass Moskau und Peking die von den USA und den EU-Ländern verhängten Sanktionen zwar zur Kenntnis nehmen würden, diese Maßnahmen jedoch keinen Einfluss auf die Beziehungen zwischen den beiden Ländern hätten.

Denissow hob hervor, dass die Beziehungen zwischen Russland und China einen "eigenständigen und ganz besonderen Wert" hätten. Er fügte hinzu, dass die bilaterale Zusammenarbeit in allen Bereichen "ein starker Faktor bei der Eindämmung von Spannungen" sowie "bei der Stabilisierung sowohl der regionalen als auch der internationalen Lage" sei.

Die Äußerungen des Gesandten erfolgten zu einem Zeitpunkt, zu dem Moskau und Peking angesichts des Drucks aus dem Westen ihre Beziehungen in einer Reihe von Bereichen, darunter Handel, Energie und Verteidigung, verstärkt haben. Auf seiner Jahrespressekonferenz im Dezember lobte der russische Präsident Wladimir Putin die Beziehungen zu China.

Putin stellte fest, die beiden Staaten hätten "eine sehr vertrauensvolle Beziehung, und das hilft uns, gute Geschäftsbeziehungen aufzubauen". Er verkündete zudem, dass Moskau und Peking im Bereich der Sicherheit zusammenarbeiten würden. Darüber hinaus würden die beiden Staaten gemeinsam Hightech-Waffen entwickeln.

Anfang Dezember hatte Juri Uschakow, der außenpolitische Berater des russischen

Präsidenten, erklärt, Putin und Chinas Staatspräsident Xi Jinping hätten die Entwicklung gemeinsamer Finanzstrukturen vereinbart, um die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder ohne Einmischung von Drittstaaten vertiefen zu können.

Die Ankündigung schien eine Reaktion auf eine Reihe von Drohungen zu sein, Russland vom in Brüssel ansässigen SWIFT-Finanzsystem auszuschließen, da Moskau angeblich eine Invasion in die Ukraine plane. Der Kreml wies entsprechende Behauptungen wiederholt als Falschmeldungen zurück.

Mehrere Analysten weisen jedoch darauf hin, dass trotz der warmen Rhetorik und der zunehmenden militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Beziehungen zwischen den beiden Mächten im Vergleich zu Blöcken wie der NATO begrenzt seien.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f1292548fbef533249cc1d.jpg>

denis-pushilin.ru: **Kommentar des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin zur Erklärung Andrej Turtschaks**

Wir werden jede Entscheidung über Hilfeleistungen an die Republik, um der in Vorbereitung befindlichen Aggression von Seiten der Ukraine zu widerstehen, standhalten zu können, begrüßen, und der Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden des Föderationsrats, des Sekretärs des Generalrats der allrussischen politischen Partei „Einiges Russland“ Andrej Turtschak in dieser Richtung ist für uns sehr bedeutsam.

Vor dem Hintergrund präzedenzloser Lieferungen von tödlichen Waffen, der Entsendung von Instruktoren und Militärs aus westlichen Ländern in die Ukraine, was nur zur Eskalation führt, wäre eine solche Entscheidung Russlands ein logischer Schritt ausgehend von den zunehmenden Gefahren für die Sicherheit von Bürger der RF, die im Donbass leben, und der klaren Destabilisierung der Situation an unseren Grenzen.

Wenn eine solche Entscheidung getroffen werden wird, würde dies unsere Verteidigungsmöglichkeiten erheblich verstärken und helfen, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, die neusten Waffentypen zu bekämpfen, einen effektiveren Schutz von Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung der DVR und der LVR zu erhalten.

snews.de: **Nato-Chef verlor den Bezug zur Realität – Lawrow**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am Mittwoch gegenüber Reportern die Aussage des Nato-Generalsekretärs Jens Stoltenberg über die Verstärkung der Militärpräsenz in Osteuropa kommentiert.

Er nehme die Erklärungen von Stoltenberg seit langem nicht zur Kenntnis, gab Lawrow an. „Meiner Meinung nach hat er bereits den Bezug zur Realität verloren“, sagte der russische Außenminister.

In letzter Zeit haben die westlichen Staaten ihre Besorgnis in Bezug auf angeblich

zunehmende „aggressive Aktivitäten“ seitens Russlands in der Ukraine zum Ausdruck gebracht. Vor diesem Hintergrund kündigte die Nato am Montag an, die Militärpräsenz in Osteuropa zu verstärken. Dänemark habe eine Fregatte in die Ostsee entsandt und werde vier F-16-Kampffjets nach Litauen schicken, hieß es. Spanien entsende Schiffe, Frankreich habe seine Bereitschaft erklärt, Truppen nach Rumänien zu verlegen.

„Ich begrüße es, dass die Bündnispartner zusätzliche Kräfte beisteuern. Die Nato wird weiterhin alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um alle Bündnispartner zu schützen und zu verteidigen, auch durch die Verstärkung des östlichen Teils des Bündnisses“, zitierten Medien Jens Stoltenberg. Man werde stets auf „jede Verschlechterung unseres Sicherheitsumfelds reagieren“.

Moskau weist alle Vorwürfe zurück und betont, dass Russland seine Truppen innerhalb des eigenen Territoriums verlegen würde. Der Kreml und das Außenministerium haben wiederholt darauf hingewiesen, dass das Ziel der Geschichten über eine mögliche „russische Aggression“ darin bestehe, eine Gruppierung der Nato nahe der russischen Grenze aufzubauen.

Der Hauptgrund für die Eskalation in der Region sind aus Moskaus Sicht die Aktionen der USA und der Nato, welche Militärausbilder, Waffen und Ausrüstung in die Ukraine schicken, die Zahl der Militärübungen erhöhen und damit Kiew zu militärischen Abenteuern treiben würden. All diese Aktivitäten betrachtet Russland als rote Linien.

Vorschläge zu Sicherheitsgarantien

Russland hatte Ende 2021 Abkommensentwürfe mit den USA und ihren Partnern über Sicherheitsgarantien in Europa veröffentlicht, welche helfen sollten, Widersprüche zu lösen. Die russische Seite fordert unter anderem rechtliche Garantien für den Verzicht auf eine weitere Ausdehnung der Nato nach Osten, auf den Nato-Beitritt der Ukraine und auf die Einrichtung von Militärbasen in den postsowjetischen Staaten. In dem Dokument geht es auch um die Nicht-Stationierung von Angriffswaffen an den Grenzen Russlands und um den Abzug der Nato-Kräfte in Osteuropa zu den Stellungen vom Jahr 1997.

Mitte Januar fanden erste Diskussionen zu den russischen Vorschlägen statt. Die Delegationen Russlands und der USA führten Verhandlungen in Genf, dann wurden eine Sitzung des Russland-Nato-Rates in Brüssel und Konsultationen in den OSZE-Räumen in Wien abgehalten.



https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/01/45798_0:59:2991:1741_1920x0_80_0_0_4ed007d34fc5533235183819d9684746.jpg

de.rt.com: Afghanistan: "Ernsthafte" Gespräche zwischen Westen und Taliban in Norwegen

Zum ersten Mal seit der Machtübernahme in Afghanistan reiste eine Delegation der Taliban in ein westliches Land. Nun mehren sich die Anzeichen, dass der Westen dabei ist, seine

Beziehungen zu den Taliban zu normalisieren.

Es war der erste offizielle Besuch einer Taliban-Delegation in Europa seit ihrer Machtübernahme in Afghanistan im vergangenen August. Die Gespräche zwischen den Taliban und westlichen Diplomaten in Oslo hatten am Sonntag begonnen. Über drei Tage traf die Taliban-Delegation unter Führung ihres Außenministers Amir Khan Muttaqi die Vertreter der USA und mehrerer europäischer Staaten, darunter auch Deutschland. Für Berlin nahm der Afghanistan-Sonderbeauftragte Jasper Wieck an den Gesprächen teil. Zum Auftakt trafen die Taliban zunächst Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft, danach westliche Diplomaten, darunter solche aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland.

Der Generalsekretär des Norwegischen Flüchtlingsrates (NRC), Jan Egeland, der an den Gesprächen teilnahm, forderte die Aufhebung der Sanktionen. Der Nachrichtenagentur AFP sagte er: "Wir können keine Leben retten, wenn nicht alle Sanktionen aufgehoben werden." Die Blockierung der Hilfe schadete "denselben Zivilisten, für deren Verteidigung die NATO-Staaten bis August Hunderte von Milliarden ausgegeben haben", so Egeland.

Eine Pressekonferenz gab es während der drei Tage in Oslo nicht. Allerdings führten einige norwegische Medien Interviews mit den Taliban. Bei den Vereinten Nationen in New York erklärte der norwegische Ministerpräsident Jonas Gahr Støre, die Gespräche mit den Taliban seien "ernsthaft" und "aufrichtig" gewesen. Sicherheits- und Menschenrechtsfragen, wie die Rechte von Frauen und die Schulbildung für Mädchen, standen bei den Gesprächen auf der Tagesordnung. "Wir haben deutlich gemacht, dass wir wollen, dass die Mädchen im März wieder zur Schule gehen, auch die über 12-Jährigen", bekräftigte Gahr Støre.

Norwegen wird am Mittwoch in New York eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates zu Afghanistan leiten. Die Regierung in Oslo hatte Geheimgespräche zwischen den USA und den Taliban ermöglicht, als sich bereits im Jahr 2013 abzeichnete, dass der Konflikt militärisch für die USA nicht zu gewinnen ist.

Neben dem US-Sondergesandten für Afghanistan Thomas West nahmen an den Gesprächen in Oslo auch Vertreter des US-Finanzministeriums teil, in dessen Zuständigkeit die mögliche Aufhebung der Sanktionen gegen die Taliban liegt.

Die Taliban haben die Gespräche in dieser Woche als Schritt in Richtung internationaler Anerkennung der Gruppe begrüßt. Vonseiten Norwegens hieß es, die Gespräche stellten "keine Legitimation oder Anerkennung der Taliban dar". Gut fünf Monate nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan wird ihre Übergangsregierung weiterhin von keinem Staat offiziell anerkannt. Sogar Pakistan, das als engster Verbündeter der Taliban gilt, hat die Taliban-Regierung noch nicht anerkannt.

Afghanistan leidet unter einer verheerenden Versorgungskrise, auch unter anderem, weil die westlichen Staaten ihre Hilfszahlungen weitgehend eingestellt haben. Angesichts der Krise hatte der UN-Sicherheitsrat im Dezember die Ermöglichung humanitärer Hilfen für das Land beschlossen. Die USA haben zudem Devisenreserven der afghanischen Regierung in Höhe von 9,5 Milliarden Dollar eingefroren. Nach Angaben der Zentralbank in Kabul sind auch in Deutschland 431 Millionen US-Dollar an afghanischen Zentralbankreserven auf einem Konto bei der Commerzbank eingefroren und weitere 94 Millionen bei der Deutschen Bundesbank.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f13f9bb480cc0d592c01e5.jpg>

de.rt.com: Bei SWIFT-Ausschluss: Russland warnt vor Ausfall der Öl- und Gaslieferungen nach Europa

Westliche Politiker bringen immer wieder einen Ausschluss Russlands vom internationalen Zahlungssystem SWIFT ins Gespräch. Der Vizepräsident des russischen Föderationsrates warnte nun davor, dass Europa in einem solchen Fall kein Gas und Öl mehr erhalten würde. Nikolai Schurawlew, Vizepräsident des russischen Föderationsrates, hat am Dienstag erklärt, dass die europäischen Länder nicht in der Lage sein würden, Gas, Öl und Metalle aus Russland zu erhalten, wenn Russland vom internationalen Zahlungssystem SWIFT abgekoppelt wird. Dies berichtete die Nachrichtenagentur TASS. Der Föderationsrat ist das Oberhaus des russischen Parlaments.

Zuvor hatte der britische Premierminister Boris Johnson erklärt, die britische Regierung diskutiere mit den Vereinigten Staaten die Möglichkeit, Russland im Falle einer angeblich möglichen Invasion in der Ukraine von SWIFT abzukoppeln.

Schurawlew sagte:

"SWIFT ist ein Abwicklungssystem, es ist ein Dienst. Wenn Russland von SWIFT abgekoppelt wird, erhalten wir keine [ausländische] Währung, aber die Käufer, in erster Linie die europäischen Länder, erhalten [auch] unsere Waren nicht – Öl, Gas, Metalle und andere wichtige Bestandteile ihrer Importe. Brauchen sie das? Ich bin mir nicht sicher."

Der Senator wies darauf hin, dass SWIFT zwar bequem und schnell sei, aber nicht die einzige Möglichkeit des Geldtransfers darstelle. Er fügte hinzu, dass die bilaterale Entscheidung des Vereinigten Königreichs und der USA nicht ausreiche, um Russland vom SWIFT-System abzukoppeln, und dass dies eine gemeinsame Entscheidung aller an diesem System beteiligten Länder erfordert.

Der russische Politiker betonte:

"SWIFT ist ein europäisches Unternehmen, eine Vereinigung, an der viele Länder beteiligt sind. Um eine Entscheidung über den Ausschluss von SWIFT zu treffen, ist eine gemeinsame Entscheidung aller teilnehmenden Länder erforderlich. Die Entscheidungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs sind definitiv nicht ausreichend. Ich bin mir nicht sicher, ob andere Länder, insbesondere diejenigen, die einen großen Anteil am Handel mit Russland haben, die Abschaltung unterstützen werden."

In den letzten Jahren hatte Brüssel im Zuge der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Moskau und dem Westen regelmäßig das Thema der Abkopplung Russlands von SWIFT aufgeworfen. Zum ersten Mal forderte das Europäische Parlament 2014 in einer nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland verabschiedeten Entschließung, die Russische Föderation vom Interbankenzahlungssystem abzukoppeln.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f128c6b480cc0c2c2621f2.jpg>

Lug-info.com: **Kommentar des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetchnik bezüglich der Hilfe der RF für die Republiken des Donbass**

In einer für den Donbass alarmierenden Zeit - sowohl eine Verschärfung an der Front als auch Entführungen unserer Einwohner und eine ständige Konzentration von Militär und Technik im frontnahen Gebiet durch die Ukraine, zunehmende Fälle der Entsendung westlicher Instrukteure in der Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte – lässt uns Russland erneut nicht mit dem Feind allein.

Der stellvertretende Sprecher des Föderationsrats, der Sekretär des Generalrats von „Einiges Russland“ Andrej Turtschak erklärte heute, dass die RF den Volksrepubliken Hilfe in Form von Lieferung einzelner Arten von Waffen leisten sollte.

In den fast acht Jahren Krieg im Donbass haben die Soldaten der LVR und der DVR das Niveau ihrer militärischen Ausbildung vervollkommen und zweifellos gelernt, die Aggression des Gegners einwandfrei abzuwehren, sachkundig auf seine Provokation zu erwidern.

Aber es darf nicht vergessen werden, dass die von Kiew geliebten „transatlantischen Partner“ die „Unabhängige“ in enormem Ausmaß mit Militärhilfe versorgen, während gleichzeitig der Löwenanteil der Technik der Armeen von Lugansk und Donezk Beutewaffen aus Kämpfen mit den ukrainischen Streitkräften um unsere Städte und Dörfer in den Jahren 2014-2015 besteht.

Wir müssen auf jedes Szenario der Entwicklung der Ereignisse vorbereitet sein. Aber gleichzeitig verlieren wir nicht die Hoffnung, dass Kiew, endlich versteht, dass der Schlüssel für alle Probleme die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ist. Den Krieg im Donbass braucht niemand: weder die Einwohner der LVR und der DVR noch die Ukrainer selbst, deren Lebensstandard zielstrebig mit jedem Jahres des militärischen Konflikts im Südosten des Landes fällt.

Für den Fall, dass der gesunde Verstand bei der Führung der Ukraine trotz allem nicht durchdringt, ist natürlich Unterstützung notwendig. Falls Russland uns diese leistet, werden wir Bruderland dankbar sein.

de.rt.com: **Deutschland unterstützt ukrainisches Militär mit 5.000 Schutzhelmen**

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht hat angekündigt, dass Deutschland der Ukraine 5.000 militärische Schutzhelme liefern wird. Der letzte Staatsratsvorsitzende der DDR, Egon Krenz, protestiert derweil wegen der Diskussion um die Lieferung von NVA-Waffen an die Ukraine.

In einem Interview mit dem ZDF-Morgenmagazin hat der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, um aktive militärische Unterstützung seitens der "deutschen Bevölkerung" und der Bundesregierung gebeten. Melnyk sagte wörtlich:

"Wir brauchen dringend Defensivwaffen. Wir sind alleine, wir sind nicht in der NATO. (...) Wir müssen uns selbst verteidigen."

Es ist nicht bekannt, ob die nun verkündete Maßnahme aus dem Verteidigungsministerium als unmittelbare Reaktion auf das Interview gewertet werden muss:

Ministerin Lambrecht informierte heute den Verteidigungsausschuss im Deutschen Bundestag über ihre Vorhaben in der Legislatur. Sie machte auch deutlich, dass Deutschland eng an der Seite der Ukraine steht. „Wir werden 5000 Helme an die Ukraine liefern - Ausrüstung, die gebraucht wird.“

Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) zitierte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht im Anschluss einer Sitzung des Verteidigungsausschusses in Berlin mit den Worten: "Wir stehen an Eurer Seite." Sie begrüße es, dass "die Gespräche in dem Ukraine-Konflikt wieder in Gang kommen". Die Entscheidung könnte jedoch auch als Zugeständnis an die ukrainische Regierung gewertet werden, die seit längerem Defensivwaffen von Deutschland für die eigene Nutzung fordert. Laut Angaben der dpa hatte die Ukraine am 19. Januar in einem Schreiben an das Verteidigungsministerium um Ausrüstungshilfe gebeten und dabei wohl auch Helme und Schutzwesten als Bedarf genannt. Konkrete Angaben über die Größenordnung der Bitte gab es nach Aussagen aus dem Ministerium in dem Schreiben nicht.

Laut Berliner Zeitung protestiert der letzte Staatsratsvorsitzende der DDR, Egon Krenz, gegen eine Lieferung von ehemaligen NVA-Waffen an die Ukraine. "Die DDR hat 1989 die Gewaltlosigkeit der Ereignisse nicht garantiert, damit nun ihre Waffen gegen Russland eingesetzt werden könnten", so Krenz. Er sagte weiter:

"Das würde dem Geist der Vereinigung beider deutscher Staaten widersprechen, der von dem Grundsatz getragen war, von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen."

Die estnische Regierung beabsichtigt, der Ukraine neun mittelschwere Haubitzen zu liefern, die ursprünglich aus Beständen der Nationalen Volksarmee (NVA) stammen und von der Bundesrepublik in 1990er Jahren an Finnland verkauft wurden, dann aber in den Besitz der Esten gelangen. Deutschland wie auch Finnland müssten einer Lieferung der Geschütze an die Ukraine zustimmen. Die Bundesregierung lehnt bis dato die Lieferung solcher Waffen an die Ukraine ab. Verteidigungsministerin Lambrecht wies nach der Sitzung des Verteidigungsausschusses auf ein umfangreiches Engagement Deutschlands für die Ukraine hin. "So würden allein in der Entwicklungszusammenarbeit Hilfen im Umfang von 1,8 Milliarden Euro geleistet", sagte sie.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f14b1cb480cc3cf3158375.jpg>

snanews.de: **Ukraine-Krise: Rumänien für mehr Nato-Präsenz im Land**

Angesichts einer sich immer weiter verschärfenden Rhetorik über die Lage um die Ukraine will das benachbarte Nato- und EU-Land Rumänien mehr Nato-Truppen auf seinem Territorium stationieren lassen.

„Wir sind bereit, eine größere Präsenz der (Nato)-Allianz zu beherbergen“, sagte Staatspräsident Klaus Iohannis am Mittwoch in einer Fernsehansprache nach einer Sitzung des Obersten Verteidigungsrats. Dafür wolle man sich aktiv einsetzen. Der Präsident rief zudem die Allianz und die EU zu „Einigkeit und Solidarität“ in der Ukraine-Krise auf. Bei der „von Russland geschaffenen Sicherheitskrise“ stehe nicht nur die Sicherheit der Ukraine auf dem Spiel und auch nicht nur jene Europas, sondern jene „des gesamten euro-atlantischen Raums“, betonte Iohannis.

Sollte Moskau „den Weg des Dialogs ablehnen“ und es zu Kampfhandlungen kommen, bereite sich Bukarest unter anderem auf ankommende Flüchtlinge vor.

In den letzten Monaten tauchen in westlichen Massenmedien immer neue Berichte über die Vorbereitung einer „Invasion“ Moskaus in die Ukraine auf. Als Reaktion versetzte das US-Verteidigungsministerium am Montag 8500 Soldaten in „erhöhte Alarmbereitschaft“. Die russische Seite wies diese Informationen wiederholt zurück und betonte, dass solche Behauptungen zur Aufstockung der Truppen der Nordatlantischen Allianz vor den Grenzen Russlands genutzt würden.

abends:

snanews.de: MH17-Katastrophe: Russland will an Niederlande übergebene Dokumente veröffentlichen

Russland wird alle Dokumente zum Absturz des Fluges MH17 in der Ostukraine, die es an die Niederlande übergeben hat, publik machen. Das erklärte der Vertreter Russlands beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Michail Winogradow, am Mittwoch. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg begann am selben Tag, die Klagen der Ukraine und der Niederlande gegen Russland im Fall des MH17-Absturzes im Jahr 2014 im Donbass zu prüfen.

Bereits früher hatte die Ukraine beim Gerichtshof mehrere Klagen gegen Russland eingereicht, die die Krim und den Donbass betrafen. Kiew warf Moskau wiederholt eine Einmischung in die ukrainischen Angelegenheiten vor. Russland hat diese Anschuldigungen zurückgewiesen und betont, dass es keine Seite im Donbasskonflikt sei.

Im Juli 2020 hatte der Gerichtshof in Straßburg Moskau offiziell benachrichtigt, dass die Niederlande eine Beschwerde gegen Russland wegen des Absturzes der malaysischen Boeing eingereicht haben. Das russische Außenministerium wertete den Antrag als einen weiteren Schlag gegen die russisch-niederländischen Beziehungen. Später wurden alle Beschwerden zu einem Verfahren vereint.

Russland hat am 22. Juli desselben Jahres erstmals in der Geschichte des Landes beim Gerichtshof für Menschenrechte eine zwischenstaatliche Beschwerde gegen die Ukraine eingereicht. Laut einer Pressemitteilung der russischen Generalstaatsanwaltschaft wurde den ukrainischen Behörden zur Last gelegt, den Luftraum über der Ukraine nicht gesperrt zu haben, was zum Absturz der Passagiermaschine geführt habe.

Das Gericht hat den Antrag registriert, aber noch immer nicht geprüft.

Die Boeing 777, die von Amsterdam nach Kuala Lumpur unterwegs war, stürzte am 17. Juli 2014 bei Donezk ab. An Bord befanden sich 298 Menschen. Niemand überlebte. Kiew hat die Volksmilizen wegen dieser Flugzeugkatastrophe beschuldigt. Wie diese erklärten, verfügten sie über keine Waffen, die ein Flugzeug in einer so großen Höhe hätten abschießen können.

Der Gerichtsprozess zum Absturz der malaysischen Boeing 777, Flug MH17, war am 9. März 2020 in den Niederlanden eingeleitet worden. Die Hauptverdächtigen sind die Russen Igor Girkin, Sergej Dubninski, Oleg Pulatow und der Ukrainer Leonid Chartschenko. Pulatow wird von einer russischen und einer niederländischen Anwältin vertreten.

Die Ukraine weigerte sich, Daten von ihren Radargeräten zur Verfügung zu stellen, und die

USA haben der Ermittlung keine Satellitenbilder übergeben, auf denen sichtbar sein soll, wie die Rakete abgeschossen wurde.

Wie der stellvertretende Generalstaatsanwalt Russlands, Nikolai Winnitschenko, gegenüber SNA sagte, hat die russische Seite den Niederlanden nicht nur Radardaten, sondern auch Dokumente übergeben, wonach die Rakete vom Fla-Raketenkomplex Buk, die die Boeing getroffen hatte, der Ukraine gehörte und von dem von Kiew kontrollierten Territorium abgefeuert wurde. Die Ermittler ignorierten diese Information.

Die Untersuchung wird von einem gemischten Ermittlerteam unter der Leitung der niederländischen Generalstaatsanwaltschaft ohne russische Beteiligung durchgeführt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/07/08/2767695_0:164:3059:1885_1920x0_80_0_0_1d6dd_e96e449dd1ad1b87502a2464b38.jpg

de.rt.com: **Tochterfirma von Nord Stream 2 gegründet - Zertifizierung kann weitergehen**

In Schwerin gibt es jetzt die Gas for Europe GmbH, als deutsches Tochterunternehmen von Nord Stream 2. Damit ist die Voraussetzung erfüllt, dass der im November von der Bundesnetzagentur ausgesetzte Zertifizierungsprozess fortgesetzt werden kann.

Die Bundesnetzagentur hält sich noch bedeckt, wann sie das Verfahren fortsetzen wird. "Das Zertifizierungsverfahren bleibt so lange ausgesetzt, bis die Übertragung der wesentlichen Vermögenswerte und personellen Mittel auf die Tochtergesellschaft abgeschlossen ist und die Bundesnetzagentur in der Lage sein wird, die Unterlagen der Tochtergesellschaft auf ihre Vollständigkeit hin zu prüfen," äußerte sie sich gegenüber dpa. Weitere Verzögerungen können also nicht ausgeschlossen werden.

An sich hat die Bundesnetzagentur jetzt zwei Monate Zeit, das Verfahren weiter zu bearbeiten; dann geht es weiter an die EU-Kommission in Brüssel, die ihrerseits vier Monate Zeit für eine Stellungnahme hat. Danach hat die Bundesnetzagentur weitere zwei Monate Zeit für die Zertifizierung.

Ursprünglich sollte die Pipeline bereits 2019 in Betrieb gehen; diverse Rechtsänderungen der EU sowie Sanktionen durch die USA haben die Inbetriebnahme bereits jetzt über zwei Jahre verzögert.

Eigentlich sollte Nord Stream 2 durch ein Konsortium betrieben werden, an dem Eon, Wintershall, Shell, OMV und Engie beteiligt waren. Nord Stream 1 wird so betrieben. Eine polnische Klage aus dem Jahr 2016 erzwang den Rückzug dieser Unternehmen aus der Betreibergesellschaft für Nord Stream 2, die erst damit nur noch aus Gazprom bestand. Im April 2019, also nach Baubeginn, führte die EU mit der Richtlinie 2019/692 auch für Gasfernleitungen mit Drittstaaten die Entflechtungsvorgabe ein, was eine Zertifizierung erforderlich machte. Entflechtung heißt, dass die Versorgung und der Betrieb des Netzes nicht in einer Hand liegen dürfen. Neben dem zeitraubenden Zertifizierungsprozess sorgte diese Richtlinie auch dafür, dass Gazprom die Pipeline nur noch zur Hälfte befüllen darf.

Die Bundesnetzagentur setzte im November die Zertifizierung aus, weil die Betreiberfirma in Deutschland ansässig sein müsse. Das führte zur jetzt vollzogenen Gründung der Schweriner Tochtergesellschaft. Ihr gehören jetzt die letzten 54 Kilometer der insgesamt 1.234 Kilometer langen Pipeline sowie die Anlandestation in Lubmin.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f1879db480cc3c6c604427.jpg>

de.rt.com: Russisches Außenamt bestätigt Empfang der schriftlichen US-Antwort auf Sicherheitsvorschläge

Das russische Außenministerium hat bestätigt, schriftliche Antwort der USA auf Moskaus Vorschläge zu Sicherheitsgarantien erhalten zu haben. Den Antwort übergab Botschafter der Vereinigten Staaten in Russland John Sullivan.

Der stellvertretende russische Außenminister Alexander Gruschko hat den US-Botschafter John Sullivan in Moskau empfangen. Das Treffen erfolgte auf Initiative des US-Botschafters. Bei der Zusammenkunft übergab der Leiter der diplomatischen Vertretung der USA die schriftliche Antwort der US-Regierung auf den von russischer Seite vorgelegten Entwurf eines bilateralen Vertrags über Sicherheitsgarantien. Davon berichtet das russische Außenamt.